

Protokoll über die Sitzung der Gemeindevertretung vom 23.10.2006
--

im Rathaus Körle, Sitzungssaal

Beginn: 19.30 Uhr Ende: 21.15 Uhr

Anwesenheit

- a) Anwesende Mitglieder der Gemeindevertretung
(stimmberechtigt):
12 Gemeindevertreter/-innen laut beiliegender Anwesenheitsliste
- b) Anwesende Mitglieder des Gemeindevorstandes
(nicht stimmberechtigt):
siehe beiliegende Anwesenheitsliste
- c) Es fehlten entschuldigt:
siehe beiliegende Anwesenheitsliste

Die Mitglieder der Gemeindevertretung waren durch Einladung vom 10.10.2006 auf Montag, den 23.10.2006 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen.
Der Vorsitzende stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben wurden.
Die Gemeindevertretung war nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Tagesordnung:

1. Einbringung der 1.Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragshaushaltsplan für das Jahr 2006
2. Beratung und Beschlussfassung über die Fortführung der gemeindlichen Wasserversorgung in Wagenfurth
3. Beratung und Beschlussfassung über den Ankauf eines Grundstücks

Nach Verlesung der Tagesordnung wurden folgende Einwendungen erhoben bzw. Ergänzungen und Dringlichkeitsanträge eingebracht:

Änderung der Tagesordnung:

3. Gelbe Säcke oder gelbe Tonne?
4. Beratung und Beschlussfassung über den Ankauf eines Grundstückes (**nicht öffentlich**)

Die Verhandlungen fanden in öffentlicher nichtöffentlicher Sitzung statt.

Protokoll über die Sitzung der Gemeindevertretung vom 23.10.2006
--

Lfd. Nr.	TOP	Verhandlungsniederschrift und Beschluss	Abstimmung Ja/Nein/Enth.
24	1	Bürgermeister Gerhold bringt den 1. Nachtragshaushalt für das Jahr 2006 ein. (siehe Anlage)	
25	2	<p>Brgm. Gerhold trägt vor, dass sich die Wasserversorgung für den Ortsteil Wagenfurth zu einem komplexen Thema entwickelt hat. Die Gemeinde hat sich seinerzeit bei den anstehenden Kanalmaßnahmen mit den Wasserleitungen der Wassergenossenschaft befasst, weil die Verpflichtung der Wasserlieferung bei der Gemeinde liegt. Im damaligen Eingliederungsvertrag der Gemeinde Wagenfurth hat die Wassergenossenschaft einen Bestandsschutz erhalten. Die Verhandlungen im Vorfeld der Arbeiten brachten keine Einigung, weil die Vorstellungen zu unterschiedlich waren. Ein wichtiges Thema war damals auch die Löschwasserversorgung, weil es in Wagenfurth keine Hydranten für die Feuerwehr gab. Dazu kam, dass nicht alle Wagenfurther Bürger mit dem Wasserdruck und der Qualität des Wassers einverstanden waren. Der Hessische Städte- und Gemeindebund kam auf Anfrage zu dem Ergebnis, dass der Grenzänderungsvertrag nicht Anlass sein kann, die Gemeinde vom Bau einer neuen Wasserleitung abzuhalten. Mit dem Beginn der Bauarbeiten reichten die Wassergenossen Klage beim Verwaltungsgericht ein. Am 17. August 2006 kam es dann zur mündlichen Verhandlung. Das Urteil gibt der Wassergenossenschaft das Recht der Wasserversorgung für den Ortsteil Wagenfurth und zwar zur einzig und alleinigen Lieferung des Wassers. Durch die erfolgten Arbeiten und die freiwilligen Anschlüsse versorgt die Gemeinde im Ortskern 7 Häuser und das gesamte Neubaugebiet. Konsequenz des Urteiles ist, sämtliche Anschlüsse rückgängig zu machen und die Versorgung des Neubaugebietes einzustellen.</p> <p>Zwischenzeitlich gab es Bemühungen eines Konsenses mit einer gütlichen Vereinbarung. U.a. sollte die Gemeinde ihre Leitungen der Wassergenossenschaft kostenlos zur Verfügung stellen, das Grundstück mit der Quelfassung kostenlos übertragen und eine Ausgleichszahlung für das von der Gemeinde in Wagenfurth verkaufte Wasser zahlen. Alternativen wären lt. Brgm. Gerhold der Rückbau oder der Weg in die Berufung.</p> <p>Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet Vors. Oetzel von der einstimmigen Empfehlung der vorgelegten Vereinbarung.</p> <p>Die SPD hat lt. Gemeindevertreter Oetzel im Ortsteil Wagenfurth mit den besten Zielen etwas begonnen. Doch die guten Ziele wurden nicht honoriert. Eine sichere Löschwasserversorgung und ein optimaler Wasserdruck sollten gewährleistet</p>	

Protokoll über die Sitzung der Gemeindevertretung vom 23.10.2006
--

Lfd. Nr.	TOP	Verhandlungsniederschrift und Beschluss	Abstimmung Ja/Nein/Enth.
----------	-----	---	-----------------------------

werden. Eine frühere Übernahme der Wasserversorgung erfolgte nicht, weil der Aufbruch des gesamten Ortes nicht gewollt war. Nur wenn die Wassergenossen nicht mehr in der Lage gewesen wären den Ort zu versorgen, wäre es zur Übernahme gekommen. Die Gunst der Stunde wurde zu dem Zeitpunkt genutzt, als es zur Kanalisation des Ortes kam. Die schlechteste Lösung wäre nach dem vorliegenden Urteil alles Geschaffene zurückzubauen. Neben dem finanziellen Aufwand käme es zum Aufriss aller neuen Straßen. Zum Entwurf der Vereinbarung wurden nochmals Änderungswünsche der Wassergenossenschaft vorgetragen. Die SPD vermisst den Wunsch, ernsthaft zu einer gütlichen Einigung zu kommen und kann sich damit nicht mehr dem Vorschlag des Haupt- und Finanzausschusses anschließen. Die SPD empfiehlt, den Weg über die 2. Instanz bei Gericht zu wählen, da auch ernsthafte Zweifel am Urteil bestehen.

Brgm. Gerhold berichtet, dass die Wassergenossenschaft einen Vorschlag von der Gemeinde haben wollten. Daraufhin ist in gemeinsamen Gesprächen die Vereinbarung entstanden. Heute wurden telefonisch Änderungswünsche angemeldet. U.a. sollte die Forderung nach dem ortsüblichen Wasserdruck entfallen. Die Löschwasserversorgung sollte nur auf den Brandfall und nicht den Übungsfall beschränkt werden und die Vermessungskosten für das Quellgebiet sollen nun von der Gemeinde allein getragen werden. Der Bürgermeister trägt vor, dass er in den nächsten Tagen mit weiteren Änderungswünschen rechnet.

Gemeindevertreter Gebauer (CDU) trägt vor, dass der Haupt- und Finanzausschuss die Vereinbarung mit der Hoffnung auf eine positive Resonanz beschlossen hat. Durch die Wasserleitung haben sich in Wagenfurth inzwischen Grüppchen gebildet. Das Gericht hat festgestellt, dass das Recht bei den Wassergenossen liegt. Es wäre dennoch nach seiner Ansicht besser, wenn die Versorgung in einer Hand liegen würde, nämlich bei der Gemeinde. Es betrübt ihn, dass nicht alle Wassergenossen die Ansicht der Verhandlungsführer vertreten. Es wissen auch nicht alle Wassergenossen von der vorliegenden Vereinbarung. Er schlägt vor, sich mit allen Wassergenossen zusammen zu setzen und nach einer gemeinsamen Lösung zu suchen.

Gemeindevertreter Oetzel schlägt vor, die Klage vorzubereiten und gleichzeitig nochmals das Gespräch mit den Wassergenossen zu suchen.

Beschluss: **Der Gemeindevorstand wird beauftragt, den Antrag auf Zulassung der Berufung**

Protokoll über die Sitzung der Gemeindevertretung vom 23.10.2006
--

Lfd. Nr.	TOP	Verhandlungsniederschrift und Beschluss	Abstimmung Ja/Nein/Enth.
		zu begründen. Gleichzeitig wird der Gemeindevorstand beauftragt, ein letztes Gespräch mit den Wassergenossen im Bezug auf eine gütliche Einigung zu führen.	12 0 0
26	3	<p>Brgm. Gerhold berichtet, dass der Zweckverband Abfallwirtschaft wissen will, ob in der Gemeinde Körle künftig weiterhin gelbe Säcke angeboten werden sollen oder die gelbe Tonne eingeführt werden soll. Der Gemeindevorstand hat die Angelegenheit der Gemeindevertretung zur Entscheidung vorgelegt. Die Säcke haben den Nachteil der schlechten Qualität und den Vorteil der Flexibilität. Mit der Tonne ist man auf 240 ltr. im Monat gebunden.</p> <p>Gemeindevertreter Oetzel berichtet als Mitglied des Abfallzweckverbandes, dass für die Entsorgung der Artikel mit dem „Grünen Punkt“ die Firma Duales System Deutschland zuständig ist. Das Geld für die Entsorgung kommt vom Hersteller der Produkte, so dass die Entscheidung für den Sack oder für die Tonne kostenneutral ist.</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss hat sich lt. Vors. Oetzel einstimmig für die gelben Säcke entschieden.</p> <p>Für die SPD empfiehlt Oetzel, sich dem Vorschlag des Haupt- und Finanzausschusses anzuschließen, weil die Bürger mit den gelben Säcken den Vorteil der Flexibilität in der Anzahl der benutzten Säcke haben. Die mindere Qualität kann umgangen werden, indem die Säcke nur mäßig gefüllt werden.</p> <p>Auch Gemeindevertreterin Brede (CDU) spricht sich für die gelben Säcke aus. Sie bittet aber darum, dass die schlechte Qualität der Säcke angemahnt wird.</p> <p>Beschluss: Die Gemeindevertretung spricht sich dafür aus, dass es künftig in Körle bei „Gelben Säcken“ bleibt.</p>	12 0 0
27	4	Beratung und Beschlussfassung über den Ankauf eines Grundstückes (nicht öffentlich)	

Carli, Vorsitzender

Glöckner, Schriftführer